

Post für ...

Gabriele Pauli, nachlässige Landtags-Kandidatin der FW



Sehr geehrte Frau Pauli,

Edmund Stoibers Diktum vom Dezember 2006, wonach Sie, Frau Pauli, „nicht wichtig“ genug seien, damit er sich mit Ihnen beschäftigen, erwies sich als folgenschwer und kränkte Sie zu Recht. Umso unverständlicher ist, dass Sie jetzt in ähnlich hochmütiger Weise mit den bayerischen Wählerinnen und Wählern verfahren...

Mit Verlaub: Das ist der Hammer! Hunderte von Bundes- und Landtagskandidaten landauf, landab – alle ohne eigene PR-Referenten – haben sich seit Gründung des Portals im Jahr 2005 die Mühe gemacht, Bürgeranfragen jeder Art höchstpersönlich zu beantworten...

Ohnehin wundert sich seit geraumer Zeit eine wachsende Zahl von Ihnen ein durchaus wohlgesinnter Menschen, was Sie eigentlich vorhaben. Klar scheint: Sie wollen ins Rampenlicht. Nur Mühe darf das nicht machen. Ein paar Mal ist Ihnen das ja durchaus gelungen: Maximale Aufmerksamkeit mit minimaler Anstrengung – zuletzt praktizierten Sie das am Abend Ihrer Nominierung für die Freien Wähler...

Politik, klar, das bedeutet auch Protest gegen Missstände, Nein-Sagen und Kritik. Vor allem aber bedeutet es, die Menschen nicht nur wissen zu lassen, was man nicht will, sondern Stellung zu beziehen, zu sagen, wohin man möchte und warum. Doch eben das ist immer mehr so genannten Politikern zu aufwändig. Leider gehören mittlerweile auch Sie dazu.

Freundliche Grüße, Waltraud Taschner

Waltraud Taschner

China jenseits von Dämonisierung und Glorifizierung Ein differenzierter Blick auf das Reich der Mitte

„Man erregt sich moralisch zu Recht über jeden verhafteten Menschenrechtsaktivisten, aber niemanden interessiert es, wenn für 200 Millionen chinesische Wanderarbeiter die Löhne um 50 Prozent steigen.“ Dieser Satz beinhaltet die ungewöhnliche Intention, die Georg Blume mit seinem programmatischen Titel China ist kein Reich des Bösen verfolgt: Ohne die hinlänglich bekannten Übergriffe des Regimes gegen die individuelle Freiheit zu verschweigen, zeigt er bislang wenig beachtete Reformen auf, die der Masse der 1,3 Milliarden Menschen im Land zugute kommen.

Mit seinem positiven Resümee stellt sich Blume gegen den Trend der Berichterstattung, in der die Volksrepublik auch in Zeiten von Olympia vornehmlich als Unterdrückungsstaat wahrgenommen wird. Der Korrespondent ist unverdächtig, ein Propagandist der Kommunistischen Partei (KP) Chinas zu sein: Seit 1997 berichtet Blume für Die Zeit und die taz aus dem Reich der Mitte; seine Reportagen über ausgebeutete Minenarbeiter, mit Hausarrest belegte Oppositionelle und Gesundheitsgefahren durch verpestete Flüsse wurden im vergangenen Jahr mit dem „Liberty Award“ ausgezeichnet.

Beklagene Zustände haben aber seinen Blick für Positives nicht verstellt: Zu den Verbesserungen der vergangenen 30 Jahre, die er aufzählt, gehört die Einführung des Arbeitsvertragsrechts und die Verdreifachung des Pro-Kopf-Einkommens der Chinesen. Seit 2005 dürfen die Bauern erstmals ihre Felder steuerfrei bestellen und seit der wirtschaftlichen Öffnung müssen über 400 Millionen Menschen nicht mehr hungern.

Letzteres kommentiert Blume so: „Die KP hat damit mehr als jede andere politische Kraft der

Weltgeschichte für die Verwirklichung des Artikels 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 getan.“

Beim Lesen solcher Schlussfolgerungen muss jeder schlucken, der die Fernsehbilder über das gewaltsame Vorgehen der Staatsmacht gegen die Studenten auf dem Platz des himmlischen Friedens 1989 oder gegen die tibetischen Mönche 2008 erinnert. Blume stellt den Leser mehrfach auf die Probe: Er nötigt ihn, für China andere Maßstäbe anzulegen. Das ist laut Blume ein Staat, der erst zu einer Demokratie werden muss und das auch will. Dafür fordert er Unterstützung von den westlichen Ländern und prangert die „Selbstgefälligkeit“ insbesondere der deutschen Regierung an. Blume betont seinerseits leider ebenfalls selbstgefällig, dass er im Gegensatz zu den meisten Deutschen aus eigener Anschauung berichtet, obwohl genau das die Aufgabe eines Korrespondenten ist.

Auch Menschen, die noch nie in China waren, können darüber urteilen. Beispielsweise ist die Tatsache, dass der Turner Lin Ning, ein Gegner der Todesstrafe, das olympische Feuer entzündet hat, als symbolische Geste zu werten. Gleichzeitig aber muss man verurteilen, dass jährlich bis zu 5000 Menschen hingerichtet werden. Blumes Buch kann so zu einer differenzierteren Wahrnehmung beiotragen. > ALEXANDRA KOURNIOTI

CHINA IST KEIN REICH DES BÖSEN TROTZ TIBET MUSS BERLIN AUF PEKING SETZEN

China ist kein Reich des Bösen. Trotz Tibet muss Berlin auf Peking setzen, 110 Seiten, Hamburg, Edition Körber-Stiftung, 10 Euro.

ISBN: 978-3-89684-134-6

Wie sich die Linken im Wahlkampf mühen

„Bayern ist die Königsdisziplin“

Wird der Landtagskandidat Fritz Schmalzbauer gefragt, wie die bayerischen Wähler auf seine Partei, die Linke, reagieren, antwortet er mit folgender Geschichte: Vor Wochen redete er in einem Chiemgauer Gasthaus vor Milchbauern. Als er endete, brach Jubel aus. „Ich kandidiere übr-

igen überall auf großes Interesse. In den Städten sowieso, aber auch auf dem Land“, sagt Schmalzbauer, ehemaliger Landessprecher der WASG. Was den Gewerkschafter und Ex-SPDler jedoch noch mehr zu freuen scheint als der Zuspruch für die eigenen Reihen, ist „die tiefe Krise der Schwarzen“. Zum ersten

rische Aktion ausgedacht: die Überreichung des Transrapid an Stoiber. Zwar sieht man zunächst mehr Polizisten und Linke-Mitglieder auf dem Marienplatz als Bürger; auch ist die Magnetschwebbahn nur eine selbstgebastelte Miniatur und der Adressat ein Wahlkampfmitarbeiter mit Stoi-

liert, im Gegensatz zu so einem Gelegenheitsclub wie die Freien Wähler. Warum sollte also in Bayern nicht möglich sein, was in Niedersachsen und Hessen geklappt hat?“, fragt er.

Hat man die Erfolge der Partei in diesen Bundesländern mit einem Paukenschlag verglichen, käme Vergleichbares im Freistaat einem Donnerrollen gleich. „Bayern ist die Königsdisziplin“, sagt Kandidatin Maxim. Obwohl die Linke mit über sieben Prozent ins niedersächsische Landesparlament geschickt hat und die Parteigenossen in Hessen gegenwärtig sogar Bedingungen stellen, um der SPD-Frau Andrea Ypsilanti nebst Grünen die Regentschaft zu ermöglichen, wäre ein Einzug der Linken ins bayerische Parlament von größerer Symbolkraft.

Observiert von Verfassungsschützern

Erstens wäre die schwierigste Bastion, das konservativste unter den konservativen Ländern, gleich im ersten Anlauf eingenommen; im Plenaarsaal säßen künftig demokratisch gewählte Mitglieder einer Partei, die vom bayerischen Verfassungsschutz überprüft wird.

Zweitens wäre die These widerlegt, die Linke sei pure Protestpartei, für die in Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit überwiegend frustrierte Arbeit IV-Empfänger votieren. Im reichen Bayern mit einer Arbeitslosenquote von 3,8 Prozent zöge diese Argumentation nicht, wenn mindestens fünf Prozent der Wähler die Linke ins Parlament schickten. „Auch hier gibt es Menschen, die nicht genug zum Leben haben, obwohl sie arbeiten, und sie werden uns deshalb wählen“, sagt Schmalzbauer, der seine Klientel „links von der SPD“ verortet.

Und die sucht das Oberbayern-Team auch im Englischen Garten. Dort drücken die Landtagsaspiranten den Spaziergängern Flugblätter in die Hand. Auffallend viele ältere Herren nehmen sie entgegen. Einer von ihnen klopft Ursula Maxim auf die Schulter und sagt: „Meine Stimme haben Sie, was hier stehe!“ Das entschädigt für die nächsten Passanten, die die Schrift mit einem „Nein, danke!“ verschmähen oder beim Empfang in den nächsten Abfallimer werfen. > ALEXANDRA KOURNIOTI



Transrapidübergabe an den Papp-Edi: Linken-Kandidatin Nicole Gohlke (2. v.r.) mit Wahlkampf Helfern. FOTO BSZ

gens für den Landtag“, rief der 61-Jährige in die Menge. Daraufhin wurde der Beifall noch lauter. „Für die Linke“, setzte er nach Kurzes Schweigen folgte, dann schallte es aus dem Publikum: „Des schad a nix.“

Derlei Schilderungen hat Schmalzbauer mehrere auf Lager. Schließlich klingen sie positiver als die Prognosen der Demoskopien, die der knapp ein Jahr alte Partei in den vergangenen Monaten nur sporadisch fünf Prozent gaben und damit eher geringe Chancen auf den Einzug ins Maximilianeum einräumten. Diese Aussichten halten CSU-Chef Erwin Huber freilich nicht davon ab, gegen die „Kommunisten“, wie er die aus einer Fusion der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) und PDS hervorgegangene Partei bezeichnet, zu wettern.

Die Empörung über Hubers Kalter-Krieg-Retro-Wortwahl hält sich bei der Linken in Grenzen. Vermutlich sind die wenig bekannten 91 Kandidaten sogar dankbar für die kostenlose Reklame. Beim Wähler würden die Attacken jedenfalls nicht verfangen. „Wir sto-

Ma lerne er CSUler, die sich schämen, solche zu sein. Dies erfahre er täglich während der Wahlkampftour durch insgesamt 15 Städte und Orte.

Allerdings beschränkt sich diese auf Oberbayern, nur hier ist Schmalzbauer Spitzenkandidat; in den übrigen sechs Regierungsbezirken führen andere die Listen an. Damit ist die Linke die einzige Partei, die keinen Spitzenkandidaten für den gesamten Freistaat gekürt hat. Es fehle an einem charismatischen Zugpferd, wird gemeint. „Unsin, die Kandidaten der anderen sind nur virtuelle. Für den Maget kann doch in Unterfranken keiner stimmen, weil das Wahlsystem das gar nicht erlaubt“, wiegelt Schmalzbauer ab. Seine Partei habe sich eben für die ehrliche Variante entschieden.

Das sagt er am Rande einer Wahlkampfanstaltung in Wolfratshausen, die er mit drei anderen Kandidaten für Oberbayern, Nicole Gohlke, Ursula Maxim und Eckhardt Kaiser, gestaltet. Für die Heimatstadt des ehemaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (CSU) hat sich das Team eine sati-



Fritz Schmalzbauer. FOTO DPA

ber-Maske. Die knapp 20 Schaulustigen sind dennoch amüsiert. „Das hätten die dem echten ruhig vor die Tür stellen sollen“, sagt eine Frau zu einem Begleiter. Die beiden blättern nach der Aktion in Broschüren und lesen, was die Linke will: Mindestlohn, Lernmittelfreiheit, Pendlerspaulsche, Abschaffung der Studiengebühren. Ökonomen halten das Programm für unbezahlbar.

Während seine Mitstreiter Wahlprogramme verteilen, sinniert Schmalzbauer über ihre Chancen am 28. September. „Wir sind auf Bundesebene längst etab-

Serie: Die Aussteiger – Abgeordnete, die nicht mehr für den Landtag kandidieren (Teil 2: CSU)

Vier Silberrücken verlassen die Fraktion

Das Wort vom Triumvirat – „das habe ich geprägt“, sagt Walter Eykmann, wenn er auf Henning Kaul, Manfred Ach und sich zu sprechen kommt, die drei CSU-Ausschusschefs aus Unterfranken, die neben 24 anderen CSU-Abgeordneten nicht mehr zur Wiedewahl antreten. Der stets loyale Manfred Ach stand dabei dem Haushaltsausschuss vor, dem mächtigsten Gremium im Parlament.

Henning Kaul ist heute nach 18 Jahren der dienstälteste Vorsitzende eines Unterausschusses in Deutschland. „Wenn Sie das mal in die Zukunft projizieren, landen Sie beim Jahr 2026, so lange plant kein Politiker“, staunt Kaul über sich selbst. Zwei Mal habe ihn Stoiber angerufen, um ihm zu erklären, warum er doch nicht ins Kabinett kommt. Doch der für Unterfranken ungünstige Regionalproporz hat viel verhindert.

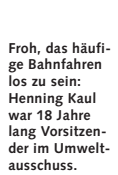
Auch Walter Eykmann, dessen Ausschuss für den öffentlichen Dienst für viele nur noch „Eykmann-Ausschuss“ hieß und dessen Vorsitz er über 22 Jahre innehatte, galt lange als ministabel. Für einen Posten im Kabinett war er aber für CSU-Verhältnisse zu aufmüppig. Die drei sind indes eine Eigenschaft, die auch Oppositionspolitiker wie Ingrid Naaß und Jürgen Dupper (beide SPD) gerne



Freut sich auf telefonfreie Sonntag: Walter Eykmann, der 22 Jahre den Ausschuss öffentlicher Dienst lenkte.



Plant Kreuzfahrten: Manfred Ach, der die letzten beiden Legislaturperioden dem Haushaltsausschuss vorsah.



Froh, das häufige Bahnfahren los zu sein: Henning Kaul war 18 Jahre lang Vorsitzender im Unterausschuss.



Wechselte das Metier: Ex-Finanzminister Kurt Falthäuser fungiert jetzt als Anwalt.

bestätigen: Stets hatten sie ein Ohr für die Opposition und oft versucht, über spontane gemeinsame Anträge fraktionsübergreifende Einigkeit herzustellen. Ein Prädikat, für das ihre Partei nicht behält ist.

Walter Eykmann, der die Unabhängigkeit des Parlamentarier gegenüber der Staatsregierung am stringentesten zelebrierte, wurde von manchem Beamten am Telefon schon mal für einen SPD-Politiker gehalten, „nur weil ich etwas frech geworden bin“, sagt er.

Einhellig bekennen die drei Unterfranken, auch im parlamentarischen Ruhestand nicht untätig zu bleiben, was im Falle Eykmanns wie eine Drohung klingen mag. Er will jedenfalls sehr genau beobachten, ob die vom Ministerpräsidenten just verabschiedeten Eckpunkte zur Dienstrechtsreform im kommenden Frühjahr adäquat in den Gesetzestext einfließen, mit dem er nur zu gerne seine Karriere gekrönt hätte. Es wurmt ihn, dass er nicht mehr eingreifen kann.

Vorfriede herrscht bei allen dreien auf die neuen Freiheiten. Eykmann muss sonntags am Telefon keine Wähleranrufe mehr entgegennehmen, hofft er. Kaul, der den von München am weitesten entfernten Stimmkreis Aschaffenburg-Ost innehatte, braucht nicht mehr so oft in den Zug zu steigen. Und Ach kann endlich ausgiebiger seinem Fernweh fröhnen, bevorzugt als Kreuzfahrer auf den Weltmeeren.

Bei den Gorillas heißen die älteren Männer Silberrücken, weil sich ihr Rückenpelz mit dem Alter grau färbt. Zu den Silberrücken der CSU-Fraktion gehört auch Gentlemanpolitiker Kurt Falthäuser, der ebenfalls nicht mehr antritt. Er wird sich gelegentlich ins silbrige behaarte Fäustchen lachen, denn er hatte eigentlich bis zur Landtagswahl im Kabinett bleiben wollen. Doch als absehbar war, dass Parteichef Huber zwecks Profilierung nach seinem Finanzministerium greifen würde, stellte er seine vermeintlich freiwillig zur Verfügung.

Aus heutiger Sicht ein Missgriff Hubers, denn der verfiel sich prompt im Wirrwarr gigantischer BayernLB-Verluste. Während Falthäuser längst im Trockenrotten sitzt – als Mitarbeiter „Of Counsel“ einer Münchner Wirtschaftskanzlei. > JAN DERMIETZEL